

Niederschrift

über die 20. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in seiner 6. Wahlperiode am
20.03.2003
im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dr. Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Schaub, Lothar (Vertreten)	CDU-Fraktion
Ditz, Hans-Joachim	
Vertreter für Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
König, Karl (Vertreten)	CDU-Fraktion
Butschko, Peter	
Vertreter für König, Karl	CDU-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred (Vertreten)	SPD-Fraktion
Tonn, Elisabeth	
Vertreterin für Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Schmidt, Harald (Vertreten)	SPD-Fraktion
Goller, Werner	
Vertreter für Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
von Wallis, Winfried	Fraktion MBM/F.D.P.
Haupt, Sascha	Fraktion PETO
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe (Vertreten)	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Thomanek, Georg	Verwaltung

Brock, Hans Peter	Verwaltung
Herforth, Gisela (Entschuldigt fehlend)	Verwaltung
Frömmer, Martin	
Vertreter für Trost, Uwe	Verwaltung
Holtermann, Werner (Nicht anwesend)	Verwaltung
Lehmacher, Theo	Verwaltung
Lehmann, Rüdiger (Nicht anwesend)	Verwaltung
Peters, Kurt (Nicht anwesend)	Verwaltung
Berg, Annette (Nicht anwesend)	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Brügge, Oliver	Verwaltung
Krämer, Guido	Verwaltung
Boldt, Günther Schriftführer	Verwaltung

Beginn der Sitzung 18:05 Uhr

Ende der Sitzung 21:40 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-
- Ö 3. 2003/0082 Mitteilung;
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung vom 11.12.2002 - öffentlicher Teil -
- Ö 4. 2003/0092 Feuerschutz und Rettungsdienst
Konsequenzen aus dem Brandschutzbedarfsplan der Stadt Monheim am Rhein
- Kurzfristige Personalmaßnahmen -
(Ergänzung zur Drucksache 2003/0068)
- Ö 5. 2003/0084 Vertragsangelegenheit
Bürgerhaus Baumberg
- Ö 6. 2003/0085 Antrag der SPD-Fraktion vom 05.02.2003;
Überprüfung in Zusammenarbeit mit der MVV, ob und wie das Modell -hertenfonds- auf die Monheimer Verhältnisse (MVV und MEGA) anwendbar ist.
- Ö 7. 2003/0072 Situation der schwerbehinderten Beschäftigten
- Ö 8. 2003/0043 Mitteilung: Mitgliedschaft der Stadt im Landesverkehrsverbund Rheinland e.V.
- Ö 9. Mündliche Mitteilungen
- Ö 10. Mündliche Anfragen
- Ö 0. Bürgerfragestunde

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|--------|-----------|---|
| NÖ 11. | | Feststellung der Beschlussfähigkeit |
| NÖ 12. | | Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - nichtöffentlicher Teil- |
| NÖ 13. | 2003/0083 | Mitteilung;
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung vom 11.12.2002 - nichtöffentlicher Teil - |
| NÖ 14. | 2003/0011 | Vergabeangelegenheit;
ppp-Projekt |
| NÖ 15. | 2003/0079 | Nachtrag zum Stellenplan 2003 |
| NÖ 16. | 2003/0078 | Personalangelegenheit; |
| NÖ 17. | 2003/0080 | Genehmigung einer dringlichen Entscheidung
- Bereitstellung von überplanmässigen Haushaltsmitteln im Vermögenshaushalt - |
| NÖ 18. | 2003/0103 | Grundstücksangelegenheit |
| NÖ 19. | 2003/0104 | Grundstücksangelegenheit |
| NÖ 20. | 2003/0107 | Grundstücksangelegenheit |
| NÖ 21. | | Mündliche Mitteilungen |
| NÖ 22. | | Mündliche Anfragen |

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Vor Eintritt in die Tagesordnung geht der Bürgermeister in einer kurzen Ansprache auf das aktuelle Thema Krieg im Irak ein. Insbesondere gingen die Gedanken in dieser kritischen Zeit auch zu den Menschen in der israelischen Partnerstadt Tirat Carmel. Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses sowie auch die weiteren Anwesenden gedenken in einer Schweigeminute den Opfern des Krieges.

Sodann eröffnet Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim die 20. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

**Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung
-öffentlicher Teil-**

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

**Ö 3. 2003/0082 Mitteilung;
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten
Sitzung vom 11.12.2002 - öffentlicher Teil -**

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung zur Kenntnis.

**Ö 4. 2003/0092 Feuerschutz und Rettungsdienst
Konsequenzen aus dem Brandschutzbedarfsplan der Stadt
Monheim am Rhein
- Kurzfristige Personalmaßnahmen -
(Ergänzung zur Drucksache 2003/0068)**

Ein Sprecher der CDU-Fraktion weist auf den Punkt Aufschaltung auf die Kreisleitstelle oder Kooperation mit der Stadt Langenfeld hin. Im Ausschuss sei der Beschluss gefasst worden, dass die Verwaltung zunächst die Voraussetzungen hinsichtlich der Kosten wie auch im Hinblick auf den Sicherheitsaspekt prüfen soll. Er sage das deswegen nochmals, weil in der Presse zu lesen war, dass der Ausschuss generell dagegen gewesen sei. Der Ausschuss sei nicht dagegen, sondern wollte erst einmal gesicherte Zahlen haben, um dann noch mal darüber zu entscheiden, ob man eben eine Aufschaltung nach Mettmann befürwortet oder eine Kooperation mit Langenfeld eingeht. Die Sache sei nur zurückgeschoben worden.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die ersten Maßnahmen zur Stärkung der Präsenz im Brandschutzdienst der Stadt Monheim am Rhein umzusetzen und die erforderlichen Schritte zu veranlassen.
2. Die zusätzlichen Personalkosten für das laufende Haushaltsjahr werden überplanmäßig bereitgestellt.
3. Der Stellenplan wird entsprechend angepasst. (siehe gesonderte Vorlage Nr. 2003/0079)
4. Die Übertragung des Krankentransportdienstes soll, zunächst befristet, auf qualifizierte Hilfsorganisationen gemäß § 13 Rettungsgesetz (RettG) übertragen werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

**Ö 5. 2003/0084 Vertragsangelegenheit
Bürgerhaus Baumberg**

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass es sich hier zwar um eine Vertragsangelegenheit handelt, aber aus den Erfahrungen aus der Vergangenheit habe man gelernt, diese Dinge im

öffentlichen Teil zu beraten und zu besprechen. Die Verwaltung habe gemeinsam mit dem BAB und den Anwohnern Gespräche geführt. Die zuständigen bzw. beauftragten Anwälte der Anwohner haben zusammen mit der Stadt einen Kompromissvorschlag, eine tragfähige Lösung für das kommende Jahr, erarbeitet. Der BAB sei auch sehr frühzeitig eingebunden gewesen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion bemerkt, dass es gegenüber der abgelaufenen Vereinbarung doch eine gewisse Ausweitung im Volumen zugunsten der Veranstaltungen von Vereinen, aber auch für Privatpersonen gebe. Die Stadt sei daran interessiert, dass das Bürgerhaus als Funktionsträger für genau diese Belange auch diese Funktion ausführen kann. Er hoffe, dass man jetzt einen Schritt weiter gekommen sei und in der Laufzeit der Vereinbarung die Erfahrungen dafür sprechen, im angemessenen Rahmen so weiter zu verfahren.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion führt aus, man sei in erster Linie sehr froh darüber, dass es gelungen ist, die Vereinbarung in dieser Form so abschließen zu können. Man habe aber immer noch von der Konzeption des Bürgerhauses her die Hoffnung, dass sich dies als Kommunikationspunkt mitten im Wohngebiet auf Dauer noch ausbauen lässt in dem Sinne, wie es ursprünglich geplant war. In den Gesprächen sei allerdings auch laut geworden, nicht nur Regeln aufzustellen, sondern auch dafür zu sorgen, dass diese eingehalten werden. In diesem Zusammenhang sei dann der verstärkte Einsatz des Hausmeisters im Gespräch. Das sei der richtige Weg. Es sei eine städtische Einrichtung und es müsse daher auch von städtischem Personal kontrolliert werden. Es sollte allerdings darauf geachtet werden, dass kein Kostendruck entsteht, der wiederum die Nutzung in dem vereinbarten Sinne erschwert. Der Vereinbarung, so wie sie vorliegt, werde man zustimmen.

Der Bürgermeister entgegnet, dass das Hausmeisterproblem gelöst sei.

Der Ausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die als Anlage beigefügte Vereinbarung zwischen der Stadt Monheim am Rhein und verschiedenen Wohnungseigentümern der Häuser Humboldtstraße 17, 19 und 21 abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 6. 2003/0085 Antrag der SPD-Fraktion vom 05.02.2003; Überprüfung in Zusammenarbeit mit der MVV, ob und wie das Modell -hertenfonds- auf die Monheimer Verhältnisse (MVV und MEGA) anwendbar ist.

Der Bürgermeister teilt mit, dass er zu diesem Tagesordnungspunkt den Geschäftsführer der MVV, Herrn Jürckenbeck, mit der Bitte um Teilnahme an der Sitzung geladen habe, der dann, falls sich Beratungsbedarf ergebe, näheres dazu erläutern könne. Das Projekt Herten sei interessant. Im Aufsichtsrat sollte das Thema vertieft angefasst werden. Herrn Jürckenbeck sollte heute Gelegenheit gegeben werden, zu dem Thema kurze allgemeine Ausführungen zu machen. Herr Jürckenbeck gibt einen Überblick über den derzeitigen Stand zum Thema "hertenfonds".

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion äußert, dass der Antrag eine Anregung sei, wobei nicht daran gedacht war, das Modell Herten voll zu übernehmen. Es werde öfter davon geredet, dass man Gelder für die MVV brauche, um voran zu kommen. Das sei mit dem Antrag das eigentliche Anliegen gewesen. Ein weiteres wichtiges Anliegen sei, ob eine Anbindung der Bürger an das Unternehmen MVV geschaffen werden kann. Den Bericht von Herrn Jürckenbeck und das

Angebot, weitere Informationen zu bekommen, nehme man gerne auf. Das könne jetzt nur ein erster Schritt und ein Einstieg sein. Eine weitere Prüfung sei notwendig.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion erklärt, er halte es für vollkommen richtig, diese Idee noch sorgfältiger zu beleuchten. Man wolle den Antrag keineswegs abwürgen. Aber direkt am Anfang wolle er klarstellen, dass die MVV zwar Gelder brauche, es aber durchaus nicht so ist, dass das eine Art "Notgroschen" sei, der dem Bürger abverlangt werden müsse. Das sollte deutlich gesagt werden, damit in der Öffentlichkeit kein falsches Bild entsteht.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion entgegnet, dass von "Notgroschen" keine Rede sei. So sei der Antrag nicht zu verstehen. Man wolle in erster Linie eine Kundenbindung erzeugen.

Der Bürgermeister äußert nochmals, dass das Thema interessant sei. Er schlage vor, die Debatte in der MVV intensiv zu führen. Der Antrag sollte daher heute für den Aufsichtsrat vertagt werden.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion bittet, den Ausschuss in absehbarer Zeit wieder zu informieren.

Der Antrag wird vertagt.

Ö 7. 2003/0072 Situation der schwerbehinderten Beschäftigten

Auf Nachfrage einer Sprecherin der SPD-Fraktion erklärt die Verwaltung, dass die Integrationsvereinbarung selbstverständlich verlängert und die Arbeit fortgesetzt wird. Man werde darüber diskutieren müssen, ob es neue Schwerpunkte gibt. Es habe ja eine Arbeitsplatzbegehung stattgefunden, wobei zahlreiche Anregungen gekommen sind. Im übrigen komme die Stadt Monheim am Rhein ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Zahl der schwerbehinderten Beschäftigten voll nach. Die Quote werde mit 6,54 % über Soll erfüllt.

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Arbeit des Integrationsteams zur Kenntnis.

Ö 8. 2003/0043 Mitteilung: Mitgliedschaft der Stadt im Landesverkehrsverbund Rheinland e.V.

Nach kurzer Diskussion stimmt der Ausschuss zu, dass die Mitgliedschaft der Stadt Monheim am Rhein im Landesverkehrsverband Rheinland e.V. für 1 Jahr verlängert wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 9. Mündliche Mitteilungen

Der Bürgermeister teilt dem Ausschuss mit, dass er dem Rechnungsprüfungsamt folgenden Prüfungsauftrag erteilt habe:

"Das RPA wird beauftragt, die im Bereich der Unterabschnitte 1600 und 1300 des städtischen Haushaltes zu erzielenden Gebühreneinnahmen zu überprüfen. Insbesondere bitte ich zu prüfen, ob alle anfallenden Tätigkeiten korrekt erfasst sind und ob zeitnah entsprechende Gebührenbescheide ergangen sind. Ferner bitte ich um Feststellung, ob die unterjährigen Berichte in Profis mit den Gegebenheiten übereinstimmen. Bitte prüfen Sie auch, ob seitens der Bereichsleitung die zur obigen Thematik erforderlichen Organisationsabläufe hinreichend strukturiert sind und überwacht werden."

Ö 10. Mündliche Anfragen

**Ö 10.1 Mündliche Anfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Pruin;
"Umgestaltung der Unterführung"**

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Pruin, bittet die Verwaltung um einen Sachstandsbericht zu der Frage bzw. zum Thema "Umgestaltung der Unterführung in Richtung Ernst-Reuter-Platz."

Der Bürgermeister teilt dazu folgendes mit: Die Verwaltung habe die entsprechenden Unterlagen von der beauftragten Architektin Frau Kohnen aufbereiten lassen. Frau Kohnen bereite jetzt die Vergabe vor. Im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen in der Mai-Sitzung werde man das, was die Vergabe betrifft, präsentieren und bis dahin auch das Betreiberkonzept vorstellen. Man habe sehr vielversprechend mehrere Partner gefunden, insbesondere aber einen Partner, der in Betracht käme, das in der Unterführung entstehende Kiosk zu betreiben. In der Fachausschusssitzung im Mai werde man alles komplett präsentieren.

**Ö 10.2 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Goller (SPD);
"Unterkunft Akkordeonorchester"**

Ratsherr Goller äußert, dass bei der Baumfällaktion in Baumberg ein großes Fenster des Gebäudes, in dem das Akkordeonorchester noch untergebracht ist, zerstört wurde. Der Schaden sei - wie er gehört habe - inzwischen behoben worden. Das führe jedoch zu der weitergehenden Frage, wie es dann mit der Zukunft des Akkordeonorchesters aussieht.

Der Beigeordnete entgegnet, dass man sich seinerzeit insoweit verständigt habe, Räume in der Geschw.-Scholl-Schule dafür zu nutzen. Nach dem neuerlichen Konzept, das kurzfristig beschlossen werden soll, sei dies nun nicht mehr der Fall. Somit sei er wieder in der Pflicht, weitere adäquate Räume für das Akkordeonorchester zu suchen. Er habe zugesagt, dass das jetzige Gebäude des Akkordeonorchesters so lange dort stehen bleibt, bis man entsprechende Räume gefunden habe. Es könne auch dort angefangen werden zu bauen, ohne dass das Gebäude abgerissen wird.

**Ö 10.3 Mündliche Anfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Prui;
"Baumfällaktion"**

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt, er habe sich die Mühe gemacht, nachzuvollziehen, auf welcher Rechtsgrundlage diese Baumfällaktion eigentlich stattgefunden hat. Er bittet den Beigeordneten, über die Zusammenhänge nochmals kurz aufzuklären. Er habe diesbezüglich nämlich auch Probleme mit der Baumschutzsatzung. Insgesamt sehe er keinen Grund, womit man das Handeln rechtfertigen könne.

Der Beigeordnete erwidert, dass man in der Tat die Rechtsgrundlage in dem aufgestellten Bebauungsplan sehe. Der Bebauungsplan sei im letzten Jahr zur Offenlegung beschlossen worden. Die Offenlegung habe stattgefunden. Während der Offenlegung sind keine Anregungen und Bedenken bezüglich einer Abwägung zur Erhaltung des Baumbestandes vorgenommen worden. Im landschaftspflegerischen Begleitplan zum Bebauungsplan sind Ausführungen gemacht worden, warum diese Bäume zur Nutzbarmachung dieses Gebietes als Baugebiet fallen müssen. Man habe sich entschlossen, zum jetzigen Zeitpunkt zu fällen, weil auch ein wesentlicher Teil Strauchwerk und Hecken dabei waren. Aus diesem Grunde weise er darauf hin,

dass das Landschaftsgesetz auch an dieser Stelle zieht, so dass ab Ende Februar bis Anfang Oktober solche Dinge wie Sträucher und Hecken nicht gerodet werden dürfen. Im Vorgriff darauf, dass man in diesem Sommer in die Vermarktung zumindest eines Teiles der Flächen gehen wolle, habe man diese Fällaktion jetzt vorgenommen. Von daher sehe er die Rechtsgrundlage im Bebauungsplan. In der Baumschutzsatzung sind entsprechende Ersatzmaßnahmen vorgesehen, die auch im Bebauungsplan definiert sind und die im Zuge der Umsetzung des Bebauungsplanes realisiert werden.

Auf die Rückfrage des Rats Herrn Pruin, wo die Vorschrift im Landschaftsgesetz zu finden ist, wonach man jetzt zum Handeln gezwungen worden sei, entgegnet der Beigeordnete, dass das Landschaftsgesetz sowohl im Innen- als auch im Außenbereich gelte. Er habe den Paragrafen zwar nicht parat, aber das Beschneiden bzw. Entfernen von Hecken sei jahreszeitlich bedingt verboten. Den entsprechenden Paragrafen könne er aber gerne nachreichen. Was im übrigen die Rechtsgrundlage des Bebauungsplanes angehe, verweise er auf § 33 Baugesetzbuch.

Ö 0. Bürgerfragestunde

Beginn: 18.51 Uhr

Es werden keine Fragen gestellt.

Ende: 18.51 Uhr